

Zur Sache:

Spielball des Systems

(rb) Nach der Diagnose Brustkrebs stürzen viele Patientinnen in einen traumatischen Zustand aus Todesängsten, Unsicherheit und Überforderung bei der Suche nach der „richtigen“ Behandlung. Hochspezialisierte interdisziplinäre Zentren, die vom ersten Befund über psychologische und fachliche Beratung, Chemotherapie, Operation und Nachsorge alles unter einem Dach bieten, bewahren viele Frauen, die der Krebs oft mitten in der Familienphase und Berufstätigkeit trifft, vor einem kräftezehrenden Ärztemarathon mit unnötigen Doppelbehandlungen.

Nun möchte man meinen, dass diese Form der Brustkrebsbehandlung dem Gesundheitssystem insgesamt nützt und entsprechend von allen Seiten unterstützt wird. Das dem nicht so ist, zeigt das Beispiel Hameln. Dort unterhalten der Landkreis Hameln-Pyrmont und das Sana-Klinikum seit 20 Jahren ein hoch angesehenes, durch die Deutsche Krebsgesellschaft zertifiziertes Brustkrebszentrum mit einer gynäkologisch-onkologischen Ambulanz und einer Brustambulanz. Das Zentrum vereint Früherkennung, Diagnostik, Therapie, Beratung und Nachsorge, setzt modernste Untersuchungstechniken ein und ist an Studien beteiligt. Damit bietet das „Brustzentrum“ in Hameln den Kassenpatientinnen im Landkreis einen Standard, den es sonst nur in größeren Städten gibt. Das wissen auch die niedergelassenen Gynäkologen in der Region und überweisen bevorzugt in die Ambulanzen des Klinikums.

Das funktioniert mittlerweile aber nur noch sehr eingeschränkt. Ein Radiologe und eine Onkologin mit Kassenzulassung aus der Region haben gegen die sogenannte Ermächtigung der spezialisierten Klinikärzte Widerspruch eingelegt und damit dafür gesorgt, dass die Nachsorge-Mammografien und die Chemothe-

rapien in den Ambulanzen des Brustkrebszentrums für Kassenpatientinnen nur noch sehr begrenzt möglich sind. Das hat bereits zur Folge, dass von ursprünglich 1200 Kassenpatientinnen nur noch 300 pro Quartal im Klinikum zur Mammografie gehen können. Zusätzlich hat der Berufungsausschuss für die Zulassung zur vertragsärztlichen Tätigkeit in Niedersachsen am Dienstag entschieden, dass die Klinik nur noch 100 statt wie bisher rund 250 ambulante Chemotherapien pro Quartal vornehmen darf.

Diese Entscheidungen fußen zwar auf (noch) geltendem Recht und den Spielräumen, die der Gesetzgeber der kassenärztlichen Selbstverwaltung und dem Vorrang niedergelassener Ärzte einräumt. Sie gehen aber voll zu Lasten der an Brustkrebs erkrankten Frauen in dem Landkreis. Die beiden Fachärzte, die aus finanziellem Eigeninteresse für die Behandlungsbeschränkungen in dem Zentrum gesorgt haben, genießen bei den Patientinnen offenbar nicht den fachlichen Ruf und das Vertrauen wie die Ärzte in der Klinikambulanz, denn viele Patientinnen sind bereits in größere Städte ausgewichen, um sich dort behandeln zu lassen.

Andere Brustkrebs-Betroffene und deren Angehörige machen seit geraumer Zeit mobil: 8500 Unterschriften hat die „Patienteninitiative Hameln-Pyrmont“ bereits für den Erhalt der exzellenten Versorgung in den Ambulanzen des Brustzentrums und für eine freie Arztwahl auch für Kassenpatienten gesammelt. Sie werden unterstützt vom dortigen Landrat, den niedergelassenen Gynäkologen und der Bevölkerung. Das niedersächsische Gesundheitsministerium sieht sich allerdings ebenso wenig in der Lage wie die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen, etwas für die Brustkrebskranken im Landkreis zu tun. Sie bleiben Spielball

des deutschen Gesundheitssystems, solange der Bundesgesetzgeber die spezialisierte ambulante Versorgung nicht im Interesse der Patienten neu regelt, die Versorgungsstrukturen insgesamt verbessert und das Patientenrecht gesetz endlich kommt. Dennoch ist es richtig, dass die Patientinnen in Hameln Alarm schlagen: Es geht schließlich um ihr Leben.

Britta Grashorn